

#FAMILIESVOTE 2014

EINE HILFE FÜR IHRE ENTSCHEIDUNG BEI DER WAHL
ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

AM 22. - 25. MAI 2014



coface

CONFEDERATION OF FAMILY ORGANISATIONS IN THE EUROPEAN UNION

Veröffentlichungsdatum: März 2014

© 2014, COFACE – Confederation of Family Organisations in the European Union.

Kein Beitrag dieser Publikation darf kopiert oder in irgendeiner Form oder durch irgendwelche Mittel dargestellt werden, ohne eine schriftliche Genehmigung des Herausgebers vorab erhalten zu haben.

Bitte beziehen Sie sich bei der Veröffentlichung des Inhalts immer auf die ursprüngliche Quelle des Dokuments:
www.coface-eu.org/en/Publications/FamiliesVOTE2014

Redaktion: Zoltán Vadkerti, Paola Panzeri, Martin Schmalzried, Annemie Drieskens, Agnes Uherezky

Übersetzung: Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V. (Sonja Fischer, Nicole Rauschenberg)

Bildnachweis: zldrawings.com • Layout: Ana Pérez Méndez

EIN „BÜNDNIS DES VERTRAUENS“ FÜR JEDEN EUROPÄER

Eine Wahl, unabhängig davon, auf welcher Ebene sie stattfindet, zeigt sich immer als ein besonderer Moment, der das Leben einer Demokratie unterstreicht. Zu wählen bedeutet am öffentlichen Leben teilzunehmen und sich in die Zukunft der Gesellschaft einzubringen.

Als europäische Familien haben Sie sieben Themen ausgewählt, die Ihnen wichtig sind und zu denen die politischen Parteien Stellung nehmen mussten. Die Debatte ist nun eröffnet.

Wählen bedeutet, sich zu informieren, zu debattieren, eine Meinung zu bilden und schließlich zu wählen. Die Wahl eines jeden Einzelnen von Ihnen wird das Schicksal der Europäischen Union formen. Die Wahl eines jeden Einzelnen von Ihnen ist daher entscheidend für die Zukunft unserer europäischen Gesellschaft. Daher bitte ich Sie um eine sachkundige Wahl.

Ich selbst hoffe auf eine Europäische Union, die sowohl Verantwortung als auch Solidarität widerspiegelt. Eine Union mit Respekt für alle, Individuen und Familien, in all ihrer Vielfalt und all ihren Unterschieden. Heute bitte ich Sie daher um den Aufbau eines „Bündnis des Vertrauens“ in und für Europa. Ein „Bündnis des Vertrauens“ für jeden Europäer und somit auch für Sie persönlich. Ein Bündnis für Sie, das deshalb mit Ihnen geschrieben werden wird. Mit Ihrer Stimme.

Vielen Dank.



Herman Van Rompuy
Präsident des Europäischen Rates



VORWORT

Liebe Leser/innen, liebe Wähler/innen,

2014 ist das Jahr der Wahl zum Europäischen Parlament. Sie halten unsere Broschüre zur Wahl in Ihrer Hand und haben damit einen wichtigen Schritt gemacht, sich im Vorfeld zu informieren. Das bedeutet, dass Sie sich vielleicht eine oder beide der folgenden Fragen gestellt haben:

„Was wird sich für mich ändern, wenn ich wählen gehe? Woher weiß ich, welche/n Kandidat/in ich wählen soll?“

Dies sind sehr berechtigte Fragen, die viele Bürger/innen in Europa beschäftigen. Das Europäische Parlament, sowie auch andere EU-Institutionen, scheinen für die Bürger/innen in den Mitgliedstaaten weit weg zu sein, sodass sie von den Entscheidungen auf europäischer Ebene oft noch nicht einmal hören.

Ende Mai 2014 sind erstmalig in 28 Staaten über drei Tage die Wahllokale geöffnet. Die einzelnen Wahlentscheidungen der EU-Bürger/innen werden insgesamt die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments für die nächsten fünf Jahre bestimmen. Dabei wird es wichtig sein, dass die Stimmberechtigten dies als wirklich europäische Wahl sehen und nicht ihre Enttäuschung über die nationale Politik ausdrücken.

Anders als die landläufige Meinung ist die COFACE davon überzeugt, dass das Europäische Parlament sehr wohl über einige Macht in vielen wichtigen Bereichen, die das tägliche Leben der Familien in Europa beeinflussen, verfügt.

Deswegen möchten wir die Wahlen etwas näher nach Hause bringen. Denn es ist uns wichtig, dass die Wahlberechtigten die eigene Meinung reflektieren und verantwortungsbewusst wählen.

Dafür haben wir die größten europäischen Fraktionen kontaktiert und Fragen gestellt, die sich vielleicht auch in Ihrem Kopf befinden:

„Wie wird sich die Jugendarbeitslosigkeit entwickeln? Was wird die EU gegen die hohen Energiepreise tun? Wie sieht es mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie aus?“

Wir hoffen, eine interessante und hilfreiche Publikation erstellt zu haben, in der Sie die Antworten der politischen Parteien vergleichen können: die Europäische Volkspartei (EVP), die Sozialisten und Demokraten (S&D), die Verbindung von Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) und die Grüne/Freie Europäische Allianz (Greens/EFA.). Nicht alle Fraktionen haben alle Fragen beantwortet. Falls Sie weitere Informationen benötigen, ermuntern wir Sie, auf den Kampagnen-Websites der Parteien weitere, spezifische Informationen nachzulesen.

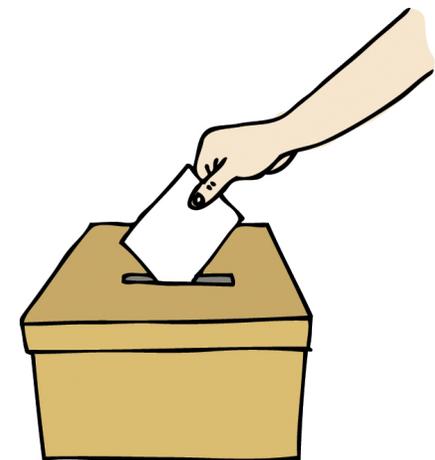
Abschließend möchten wir uns bei allen Mitwirkenden des Europäischen Parlaments bedanken, die auf unsere Anfrage reagiert und sich die Zeit genommen haben, unsere Fragen intern zu diskutieren und auf sie zu antworten. Darüber hinaus laden wir Sie ein, mehr über die COFACE, ihre Arbeit und Positionen zu erfahren. Sie sind auf unserer Website zu finden: www.coface-eu.org/en/Events/FamiliesVOTE2014

Viel Spaß beim Lesen und nutzen Sie Ihre Stimme!

Ihr COFACE - Team

INHALT

Eine kurze Einleitung zur Europawahl	Seite 6
1. Arbeitsplätze	Seite 8
2. Work-Life Balance	Seite 12
3. Sorgeverantwortung, Behinderung oder chronische Langzeit-Krankheiten	Seite 16
4. Wohnen	Seite 18
5. Energie	Seite 20
6. Migration und transnationale Familien	Seite 22
7. Finanzielle Inklusion und der Einfluss auf Familien	Seite 28
8. Kontakt	Seite 30



EINE KURZE EINLEITUNG ZUR EUROPAWAHL

Das Europäische Parlament ist die einzige direkt gewählte EU-Institution und eines der größten demokratischen Organe weltweit. Seine 766 Mitglieder (nach den Wahlen 2014: 751) repräsentieren 500 Millionen europäische Bürger/innen.

Alle fünf Jahre entscheiden die EU-Bürger/innen über ihre Vertreter/innen im Europäischen Parlament, die ihre Interessen im EU-Entscheidungsprozess vertreten. Jeder Mitgliedstaat hat das Recht, eine bestimmte Zahl von Mitgliedern des Europäischen Parlaments (MdEP) wählen zu lassen, insgesamt 751. Die Verteilung der Sitze auf die Mitgliedstaaten ist in den EU-Verträgen nach dem Grundsatz der degressiven Proportionalität geregelt: Staaten mit größerer Bevölkerung verfügen zwar über mehr Sitze als kleinere Staaten. Aber die kleineren Staaten verfügen über mehr Sitze, als ihnen bei genauer Relation zustehen würden. Bei den Wahlen 2014 reicht die Bandbreite von 6 Abgeordneten für Malta, Luxemburg, Zypern und Estland bis hin zu 96 für Deutschland.

Nach ihrer Wahl organisieren sich die Mitglieder des Europäischen Parlamentes (MdEP) in staatenübergreifenden Fraktionen. Die vier wichtigsten Fraktionen sind: die Europäische Volkspartei (EVP), die Sozialisten und Demokraten (S&D), die Verbindung von Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) und die Grünen/Freie Europäische Allianz (Greens/EFA.) Es können sich zusätzliche kleine Gruppen bilden, deren Mitglieder jedoch keiner Partei angehören dürfen, die zu einer der oben genannten politischen Familien gehört. Das Europäische Parlament führt seine Arbeit in den 24 offiziellen Sprachen der Europäischen Union aus. Jedes MdEP hat dabei das Recht, in der offiziellen Sprache seiner/ihrer Wahl zu sprechen.

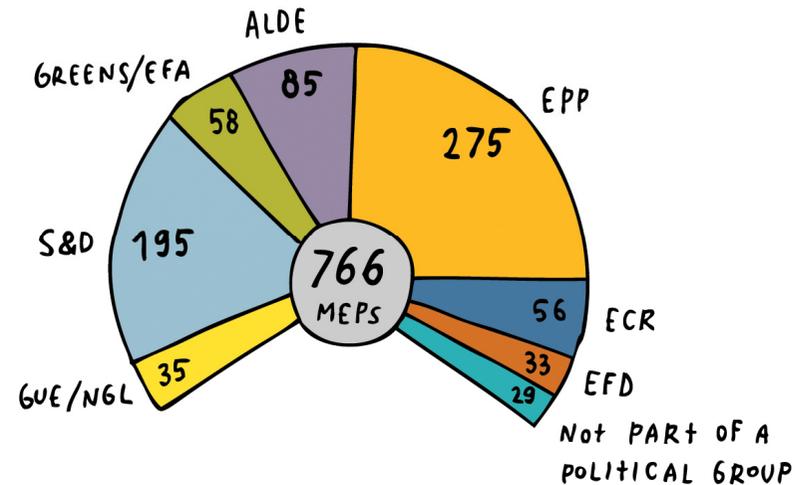
Die Europa-Abgeordneten verrichten ihre Arbeit in Brüssel, Straßburg und ihren jeweiligen Wahlkreisen. Sie arbeiten in parlamentarischen Ausschüssen, in Plenartagungen des Parlaments, in denen die endgültigen Entscheidungen getroffen werden, sowie in Fraktionsgruppen. In Straßburg finden im Jahr 12 Plenarsitzungen statt.

Seit der ersten Europawahl im Jahr 1979 ist die Wahlbeteiligung im Vergleich zu den nationalen Wahlen stets geringer. Auch zwischen den Mitgliedstaaten variiert sie sehr stark: Mit 24 Prozent hatte Großbritannien 1999 die niedrigste Wahlbeteiligung. Luxemburg und Belgien haben gewöhnlich die höchste Wahlbeteiligung von durchschnittlich ca. 90 Prozent, da hier die Wahlteilnahme obligatorisch ist.

Zu hinterfragen ist, ob die niedrige Wahlbeteiligung darin begründet liegt, dass vielen Bürger/innen das entsprechende Wissen fehlt oder darin, dass sie sich nicht ausreichend repräsentiert fühlen oder ob sie glauben, dass die Entscheidungen in Brüssel und Straßburg keinen Einfluss auf ihr Leben haben.

Das neue Europäische Parlament konstituiert sich im Juni 2014 und tritt im Juli 2014 zu einer ersten Plenarsitzung zusammen. Dieses neu zusammengesetzte Parlament wird die neuen EU-Kommissare ratifizieren und den neuen Präsidenten der Europäischen Kommission wählen.

POLITICAL GROUPS IN THE EUROPEAN PARLIAMENT 2013



AFTER THE 2014 PARLIAMENTARY ELECTIONS, THERE WILL BE **751** SEATS IN THE PARLIAMENT.

1. ARBEITSPLÄTZE

Die Wirtschaftskrise hat einige Mitgliedstaaten schwer getroffen. Insbesondere die Arbeitslosigkeit bei Frauen und Jugendlichen ist dabei in beispiellose Bereiche gestiegen. Das setzt Familien unter großen Druck und hat einen direkten Einfluss auf die gesamte EU.

Was kann getan werden, um sicherzustellen, dass Jugendliche einen Arbeitsplatz, ein Praktikum oder einen Ausbildungsplatz haben?

Familiäre Sorgeverantwortung und die Struktur des Arbeitsmarktes erschweren vielen Frauen heutzutage den Zugang zur Arbeitswelt. Welche Ansätze verfolgt Ihre Fraktion, um diese Situation zu verbessern?



Die EVP-Fraktion hat die Jugendbeschäftigungsinitiative sowie die Jugendgarantie angeregt und gefördert, um gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit anzugehen. Wir haben die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten aufgefordert, weitere Maßnahmen wie z. B. Steuererleichterungen zu prüfen, um kleinere und mittlere Unternehmen zu ermuntern, junge Menschen einzustellen.

Die EVP-Fraktion wird daran arbeiten, neue Strategien zu entwickeln, um Berufsberatung für Arbeitslose und deren Übergang zu einem Arbeitsplatz zu ermöglichen. Die Strategien sollen auf bestimmte Gruppen fokussieren und am Individuum ansetzen. Wir werden außerdem weitere Themen in den Fokus nehmen wie z.B.: junge Menschen mit Behinderungen, Integration aller benachteiligten Gruppen, Unterstützung für Post-Graduierte und junge Wissenschaftler/innen, gleichen Zugang zur Hochschulbildung sowie Förderung des Unternehmertums.

Außerdem wird die EVP-Fraktion die Problematik der Schulabbrecher/innen, die sich nicht in einer Ausbildung oder einem Praktikum befinden, ansprechen, um zu gewährleisten, dass jedem/jeder jungen Europäer/in ein Arbeitsplatz, eine Weiterbildung oder ein Praktikum angeboten wird, nachdem die Schul- bzw. Ausbildung verlassen wurde oder die Person arbeitslos geworden ist.



In ganz Europa tragen junge Menschen die Hauptlast der Finanzkrise, die zur „großen Rezession“ geführt hat. Die Arbeitslosigkeit in der gesamten Region hat ein Rekordlevel erreicht, wobei es die 16 – 24jährigen am schlimmsten trifft. Im Allgemeinen ist die Arbeitslosigkeit bei jungen Leuten doppelt so hoch wie bei Erwachsenen. Die Sparmaßnahmen des rechten Flügels haben die Situation weiterverschlimmert, die Sozialkosten sind hoch und Wachstum gibt es nicht mehr.

Die konservative und liberale Politik für flexible Arbeitsmarkt-reformen hat nicht zu einem besseren Arbeitsmarktzugang der europäischen Bevölkerung geführt. Insbesondere nicht für junge Menschen, obwohl diese unverhältnismäßig häufig in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind, d.h. einem atypischen Arbeitsverhältnis, das schlecht bezahlt, unsicher, ungeschützt ist und in vielen Fällen keinen Haushalt tragen kann. Deshalb ist ein pro-aktiver Schutz der Arbeitsrechte von jungen Erwachsenen erforderlich.

Unsere Forderungen (wie vom PES-Rat am 22. Juni 2013 beschlossen) sind:

- Um die EU-Jugendgarantie zu implementieren, muss der Anteil des EU-Budgets für den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit stark erhöht werden.
- Weitere Fonds der Europäischen Investitionsbank sollten speziell und messbar an die Schaffung von Arbeitsplätzen und qualitativ hochwertiger Ausbildungsstellen für junge Menschen gebunden werden.

- Diese Darlehen müssen die dringend notwendigen nationalen und Europäischen Zuschüsse ergänzen statt sie zu ersetzen.
- Die Finanzierung der Jugendbeschäftigungs- initiative muss jetzt zur Verfügung gestellt werden. Diese muss leicht zugänglich sein und für maßgeschneiderte Projekte zur Verfügung stehen. Jeder Staat muss die Freiheit haben, zu entscheiden, wie die Mittel ausgegeben werden, seien es Subventionen oder Anreize, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, Investitionen in Aus- oder Fortbildung oder eine aktive Arbeitsmarktpolitik.
- Jeder Mitgliedstaat muss die Einführung nationaler Jugendgarantien beschleunigen.
- Ein Qualitätsrahmen muss eingeführt werden, um sicherzustellen, dass im Rahmen der Jugendgarantie angebotene Aus- und Fortbildung oder Arbeitsplätze in Bezahlung, Arbeitsbedingungen und bei den Gesundheit- und Sicherheitsstandards angemessen sind.

Darüber hinaus müssen wir qualitativ hochwertige Ausbildungsstellen und Praktika aufbauen sowie unsere Politik hinsichtlich Fähigkeiten und Kompetenzen neu denken. Wir brauchen die Wertschätzung und formale Anerkennung des informellen und nicht formalen Lernens. In dieser Hinsicht müssen wir uns mit dualer Ausbildung und Programmen für Berufserfahrung beschäftigen, z.B. Präsenzs Schulungen an Wochentagen, die direkt an die Ausbildungsstätten gebunden sind. Laut einer Studie der ILO haben junge Menschen mit einer kombinierten schulischen und praktischen Ausbildung bis zu 30 Prozent bessere Chancen auf einen Arbeitsplatz als junge Menschen mit ausschließlich schulischer Ausbildung!



Aufbauend auf einigen Vorschläge im Bericht der Grünen über die Jugendarbeitslosigkeit, wie z.B. die Jugendgarantie und der Qualitätsrahmen für Praktika, schlagen wir folgende Sofortmaßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit vor:

- Ein sofortiges Ende jener destruktiven und kontraproduktiven Sparmaßnahmen, die hinsichtlich menschenwürdiger Arbeit und der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung zerstörende Instrumente sind.
- Die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten sollen einen 1-Jahresplan starten, um für mindestens 10 Prozent der Betroffenen Arbeitsplätze zu schaffen.
- Den aktuellen unakzeptablen Arbeitslosenquoten in Europa fokussiert mit der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen begegnen. Die derzeitige Botschaft an Jugendliche „Du musst Dir mehr Mühe gegen und wenn Du keinen Job hast, dann deshalb, weil Du nicht gut genug bist“

ist unfair und unzureichend, weil das eigentliche Problem der Mangel an Arbeitsplätzen in Europa ist.

- Für Investitionen in Bildung und Ausbildung, Schaffung von Arbeitsplätzen, Ausbildungsprogrammen und Arbeitgeberanreizen, die gemeinsam von allen beteiligten Akteuren für ein Minimum von 5 Jahren beschlossen werden müssen, soll ein Maximum an Fördermitteln für Jugendinitiativen zur Verfügung stehen.

Die Grünen/ EFA-Fraktion fordert die Mitgliedstaaten auf, die Gleichstellungsperspektive in den Prozess des Europäischen Semesters zu integrieren. Darüber hinaus soll bei der Implementierung der politischen Vorgaben in der Arbeitsmarktpolitik ein verstärkter Fokus auf Aus- und Weiterbildung unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und Lebenssituationen von Frauen gelegt werden.

Zudem fordern wir die Mitgliedstaaten auf, anspruchsvolle klar definierte und quantitativ hochwertige Ziele für die Beschäftigung von Frauen im Rahmen der jeweiligen nationalen Reformprogramme einzuführen sowie konkrete Maßnahmen

für schutzbedürftige Gruppen von Frauen (junge Frauen, Migrantinnen, Behinderte und alleinerziehende Mütter) zu ergreifen.

Die Fraktion der Grünen/ EFA fordert positive Maßnahmen zur Integration von Frauen in Projekte und Programme zur ökologischen Umgestaltung, z.B. im Bereich der erneuerbaren Energien, in der Wissenschaft und in technologieintensiven Arbeitsplätzen. Investitionen in bezahlbare und allen zugängliche Kinderbetreuung ist ein wichtiges Element bei der Unterstützung von Frauen am Arbeitsplatz sowie für die Erreichung der Barcelona-Ziele.

Es ist wichtig, dass die nationalen Gleichstellungsstellen gestärkt werden, um Gleichstellung am Arbeitsplatz zu unterstützen und Gleichstellung in der Gesetzgebung durchzusetzen.

Auch ein auskömmlicher Lohn würde helfen, Frauen bei der Arbeit zu unterstützen. Die Grünen haben die Rahmenrichtlinie für ein auskömmliches Mindesteinkommen, die Erweiterung des Mutterschaftsurlaubs und die Einführung eines EU-weiten Vaterschaftsurlaubs unterstützt.



Wir glauben, dass die größte soziale und wirtschaftliche Krise Europas die Arbeitslosigkeit, vor allem von jungen Menschen, ist. Diese Europawahl sollte eine Wahl sein zur Identifikation von Chancen durch Beschäftigung, Bildung sowie Ausbildung. Und dies ist oberste Priorität der gewählten ALDE Mitglieder im Europäischen Parlament.

(ALDE Wahlprogramm 2014)

Im Jahr 2012 forderte die ALDE durch ihre Mitglieder, sicherzustellen, dass die EU im EU-Haushalt 2014 ausreichende Mittel vorhält, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bewältigen. Im Zentrum soll eine gute Ausbildung stehen, die zu einem Arbeitsplatz führt und gering Gebildeten sowie auch hoch gebildeten, jedoch nicht in den Arbeitsmarkt integrierten, jungen Arbeitnehmer/innen die Chance gibt, ihre Situation zu überwinden.

Darüber hinaus wurde die Notwendigkeit betont, eine Reihe von Maßnahmen zu unterstützen, die die Schaffung von Arbeitsplätzen in kleinen und mittleren Unternehmen, einschließlich eines vereinfachten Zugangs zu Finanzierungsmitteln ermöglicht. Insbesondere sollen junge Unternehmer/innen unterstützt und sich für Bildungssysteme eingesetzt werden, die eine stärkere Verbindung zu den Marktanforderungen haben, bei denen die Studierenden die Möglichkeit haben, ihr Talent zu nutzen.

(ALDE Resolution, November 2012, Dublin, Ireland)

2. WORK-LIFE BALANCE

Hohe Arbeitslosigkeit, Überalterung der Bevölkerung und niedrige Geburtenraten zusätzlich zu einer sehr schlechten Wirtschaftsleistung bilden die wichtigsten Herausforderungen, mit der die EU heute konfrontiert ist. Viele Studien und Berichte zeigen, dass eine höhere Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt und bei Entscheidungsfindungen nicht nur eine positive Wirkung auf die Geburtenraten, sondern auch auf die Wirtschaft hat.

Welche Ansätze verfolgt Ihre Fraktion, um Familien zu unterstützen und ihnen zu helfen, Familie, privates Leben und Beruf zu vereinbaren?

Was werden Sie hinsichtlich der unterschiedlichen Ansätze familienbedingter Auszeiten innerhalb und außerhalb der Mutterschaftsurlaubs-Richtlinie tun?

Wie wollen Sie berufstätigen Eltern und pflegenden Angehörigen ermöglichen, angemessene berufliche Auszeiten zu nehmen und an welchen weiteren Zeit-Strategien arbeiten Sie?

(Wir haben die Fraktionen zusätzlich gefragt, ob sie sich für eine neu zu installierende interfraktionelle Arbeitsgruppe für Work-Life-Balance einsetzen.)



Die EVP-Fraktion steht klar für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie: die Familie und ihre besonderen Bedürfnisse müssen im Mittelpunkt aller Politikbereiche stehen. Wir glauben, dass die Mitgliedstaaten ihre Systeme entsprechend ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation und Gewohnheiten anpassen müssen. Alle Beschäftigten haben das Recht auf einen angemessenen Zeitraum von Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub, Pflege- und Elternzeit. Um dafür Mindestanforderungen zu definieren, ist die EVP-Fraktion für alle realistischen europäischen Initiativen offen, die die Situation der Mitgliedstaaten berücksichtigen.

Obwohl die Gründung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe nicht von der Entscheidung der Fraktionen abhängig ist, sind die Abgeordneten der EVP-Fraktion hier recht aktiv. Es wäre auf jeden Fall Interesse bei den Fraktionsmitgliedern vorhanden, an einer solchen Initiative teilzunehmen.



Die Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament sind im Bereich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie zum Thema Mutter- und Vaterschaftsurlaub sehr aktiv gewesen. Beispielsweise entwarf Frau Estrela, MdEP einen Bericht, der 2010 die Verlängerung des Mindest-Mutterschaftsurlaubs bei voller Bezahlung in der EU von 14 auf 20 Wochen ausdehnte – mit einer gewissen Flexibilität für jene Staaten, die bereits eine Form von familienbezogenen Urlaub haben. Ein Anspruch auf einen mindestens zweiwöchigen bezahlten Vaterschaftsurlaub wurde ebenfalls von einer Mehrheit der MdEP beschlossen. Ihr Vorschlag ging weit über den ursprünglichen Vorschlag der Europäischen Kommission hinaus. Leider haben sich die Mitgliedstaaten nicht in der Lage gesehen, auf unsere Vorschläge zu reagieren.

Daher hat die S&D-Fraktion die Mitgliedstaaten ermahnt, Verhandlungen über die Richtlinie zum Mutterschaftsurlaub zu starten und flexible Arbeitszeitmodelle zu entwickeln, damit Arbeitnehmer/innen ihre berufliche Laufbahn mit ihrer Sorgeverantwortung in Einklang bringen können.

Die S&D-Fraktion ist der Ansicht, dass in einer komplexen und sich verändernden Gesellschaft es notwendig ist, Familien bei der Erfüllung ihrer Rolle zu unterstützen. Eltern brauchen Hilfe bei der Bekämpfung schädlichen sozialen und wirtschaftlichen Drucks sowie bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In dieser Hinsicht besteht ein dringender Bedarf an weiteren Maßnahmen zur Vereinbarung von Berufs-, Privat- und Familienleben in der EU, um der demographischen Herausforderung zu begegnen und die Ziele der Europa 2020 Strategie in Bezug auf Beschäftigung und Armut zu erreichen.

Auf europäischer Ebene sollte der derzeitige Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und Richtlinien, insbesondere im Bereich des Mutterschutzes, der Elternzeit, Arbeitszeiten und Teilzeitarbeit, Kinderbetreuung, Altenpflege und andere zentrale Haushaltsdienstleistungen evaluiert werden, um zu erkennen, wo Anpassungen und Verbesserungen notwendig sind.

Die S&D Fraktion würde die Gründung einer solchen interfraktionellen Arbeitsgruppe sehr begrüßen!



Die Grünen setzen sich für großzügige Auszeiten ein, um es Eltern zu ermöglichen, Privat-, Familien- und Berufsleben miteinander zu vereinbaren.

Die Grünen haben sich für die Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs auf 20 Wochen und die Einführung des EU-weiten Vaterschaftsurlaubs von mindestens zwei Wochen eingesetzt, um die Kluft zwischen den Geschlechtern auch bei Sorgeaufgaben zu verringern.

Die Grünen/ EFA-Fraktion fordert die Europäische Kommission bereits seit Jahren auf und wird dies in ihren jährlichen Resolutionen in Bezug auf den Arbeitsplan der Kommission auch weiterhin tun, einen Gesetzesvorschlag für verschiedene Arten von Auszeiten (bei Vaterschaft, Adoption, und Pflege betreuungsbedürftiger Familienangehöriger) hervorzubringen, um die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben zu verbessern. Dieser Vorschlag könnte gleichzeitig die Blockade im Rat um die Mutterschutzrichtlinie aufbrechen.

Der Lampert-Bericht zum Zugang zur Pflege hatte zur Folge, dass sich das EU-Parlament auf die Forderungen einer Richtlinie zur Pflegezeit einigte. Die Grünen haben eine lange Geschichte, die Geschlechterrollen herauszufordern, daher müssen wir es Eltern und Pflegenden möglich machen, die Sorgeaufgaben zu teilen.

Ja, die Grünen würden die Gründung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe zu Work-Life-Balance unterstützen, vorausgesetzt, sie kann mit einer weit gefassten Definition von Familie arbeiten.



Die ALDE unterstreicht die Schlüsselrolle von Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben, die erforderlich ist, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. (ALDE Strategie Programm 2009-2014)

Die Entwicklung von Strategien und Verfahren für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist eine der wichtigsten Herausforderungen der europäischen Gleichstellungspolitik. Sensibilisierungsmaßnahmen sollten Männer und Frauen gleichermaßen ansprechen. In der Tat sind die Anreize für Männer, berufliche und familiäre Verantwortung miteinander zu vereinbaren, ungenügend. Beide, Frauen und insbesondere auch Männer, sollten ermutigt werden, in Elternzeit zu gehen. Mütter und Väter sollten in der Lage sein, die Verantwortung für ihre Kinder gleichermaßen zu teilen.

Die Qualität, Verfügbarkeit und Flexibilität von Kinderbetreuungs- und Familienpflegeeinrichtungen sowie flexible Arbeitszeiten sind die wichtigsten Mittel für die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben. Darüber hinaus sollten Maßnahmen ergriffen werden, um darauf hinzuwirken, die Geschlechterrollen innerhalb der Familien anzupassen und die gerechte Aufteilung der Zuständigkeiten zu Hause zu fördern.

Die ELDR plädiert für eine flexiblere Gesetzgebung bei den Einkaufs- und Öffnungszeiten, auch im behördlichen Bereich, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern. Eine erhöhte Erwerbsbeteiligung von Frauen und ein verändertes Modell des Familienlebens haben entscheidende Auswirkungen auf die Beschäftigungs- und Sozialschutzsysteme in Europa. Sie hat einen starken Einfluss auf die Entwicklung in der Pflege und Sorge für Kinder, Kranke und ältere Menschen. Auf der anderen Seite wird das Angebot an Pflegedienstleistungen stark beeinflusst von der Notwendigkeit der Haushaltsdisziplin und den Anreizen zur Förderung einer besseren Verteilung und Qualität der Gesundheitspflege.

Sowohl Frauen als auch Männer brauchen mehr Flexibilität bei ihrer Arbeit, wenn ihre Kinder noch klein sind. Kinder zu haben und sich um diese zu kümmern, darf einem beruflichen Aufstieg nicht im Wege stehen. Die Einstellung in der Arbeitswelt muss sich ändern. Eltern, die ihre Kinder während der Elternzeit zuhause betreuen, sollten nicht unter einem negativen Einfluss auf ihre Rente leiden. (ELDR Resolution, Oktober 2002, Bath)

3. FAMILIÄRE VERANTWORTUNG, BEHINDERUNG ODER CHRONISCHE LANGZEIT-KRANKHEITEN

Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen und Familien, die vor der Aufgabe stehen, chronisch kranke oder behinderte Angehörige zu pflegen, erhalten nicht die Unterstützung, die sie brauchen. Es gibt einen großen Mangel an verfügbaren, erschwinglichen und qualitativ hochwertigen Pflegedienstleistungen, zum einen solchen zur Pflege pflegebedürftige Person und zum anderen solchen, die den/die Angehörige/n bei der Pflege unterstützen. Familien mit besonderem Pflegebedarf würden von einer rechtlichen Anerkennung, flexiblen Arbeitsbedingungen, monetären Leistungen oder Steuersenkungen stark profitieren, auch von einem Zahlungsaufschub.

An welchen Richtlinien oder Maßnahmen werden Sie im Europäischen Parlament arbeiten, um Familien mit besonderen Pflegebedürfnissen zu unterstützen?



Im Kontext der alternden Bevölkerung gibt es eine wachsende Nachfrage an Pflegedienstleistungen. 22 Prozent der EU-Bevölkerung sehen die Belastung, die durch die Betreuung von älteren Angehörigen entsteht, als eines der wichtigsten Herausforderungen, vor denen Familien heutzutage stehen. In dieser Hinsicht ist die EVP-Fraktion bereit, jede Angemessene Initiative auf nationaler und europäischer Ebene zu unterstützen, die die Rechte, Ansprüche und Anerkennung von Pflegenden verbessert.

Die Barcelona Anreize und das Recht auf Kinderbetreuung wurden in einem Workshop des FEMM Komitees am 25. November diskutiert. Die S&D-Fraktion sieht eine bezahlbare Kinderbetreuung als die effektivste Maßnahme, um sicherzustellen, dass Frauen nicht vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden. Eltern mit behinderten Kindern müssen zusätzliche Unterstützung erhalten. Die Frage von Abhängigkeit sollte einen rechtlichen Status auf der EU-Ebene erhalten, um ein Mindestmaß an Rechten der Pflegebedürftigen und die Rolle der Pflegenden anzuerkennen.





Frauen, und nicht Männer, werden nach wie vor als diejenigen angesehen, die sich in erster Linie um die Kinder und weitere Angehörige kümmern; sehr oft sind sie dazu gezwungen, sich zwischen Mutterschaft und Karriere zu entscheiden. In vielen Fällen werden sie als „hohes Risiko“ oder als „zweitklassige“ Angestellte verstanden oder als „Ärgernis“, davon ausgehend, dass sie mit hoher Wahrscheinlichkeit schwanger werden und dann ihren Anspruch auf Mutterschaftsurlaub nutzen. Es ist daher zentral, dass die von der EU-Kommission vorgeschlagenen neuen Auszeit-Richtlinien die schon bestehenden Stereotype der Gesellschaft aufbrechen, statt sie zu verstärken.

Mutterschaft und Vaterschaft sind Grundrechte und zentrale Bestandteile von sozialer Stabilität. Höchste Hürde für die Erreichung eines Gleichgewichts zwischen Männer und Frauen scheint die traditionelle Geschlechterrolle von Fortpflanzung und Hausarbeit zu sein. Das Gemeinschaftsrecht sollte daher zum Nutzen der Mütter und Väter überarbeitet werden und die Rolle von Müttern und Vätern geschützt, nicht zuletzt durch Maßnahmen zur Ermutigung für die Übernahme familiärer Verantwortung.

In dieser Hinsicht sind Arbeitszeitmuster sowie Partei- und Regierungsstrukturen Probleme,

die angesprochen werden müssen. Männer und Frauen sollten einen gleichen Anteil an der Verantwortung im öffentlichen und privaten Bereich sowie im wirtschaftlichen, politischen und Familienleben übernehmen.

Die Grünen/EFA-Fraktion fordert die EU-Kommission auf, eine Sensibilisierungskampagne und Pilotprojekte durchzuführen, um die ausgewogene Beteiligung von Frauen und Männern im Beruf und in der Familie zu ermöglichen, z.B.: durch mehr Unterstützung für die Elternzeit von Vätern.

Wir haben außerdem zusätzliche Maßnahmen für die Unterstützung von Pflegenden gefördert, wie Kurzzeitpflege, Weiterbildung zur Erhaltung der eigenen Gesundheit (z.B. das Heben der zu pflegenden Personen) sowie die Sicherstellung eines auskömmlichen Einkommens. Wir haben uns gegen viele Veränderungen im Pflegesystem gewandt, die Betreuungssysteme reduzierten (z.B. Baden & Reinigen).

Wir erkennen die Möglichkeiten an, neue Arbeitsplätze in der Pflege zu schaffen und auch, wie diese Pflegenden dabei helfen können, ihre eigenen Berufsmöglichkeiten zu erhalten. Es gibt nützliche vom ESF geförderte Projekte, von denen wir lernen können.

4. WOHNEN

Das Thema Wohnen ist für 39 Prozent der EU-Bürger/innen die Sorge Nummer eins. Die Wohnsituation der Familien ist ein Grundbaustein des europäischen Sozial- und Wirtschaftsmodell. Während Europa Mobilität und nachhaltige Entwicklung fördert und sich Gedanken über die Folgen einer alternden Bevölkerung auf die wirtschaftlichen und sozialen Systeme macht, erleben wir in allen europäischen Staaten, wie sich die Wohnkosten zum größten finanziellen Problem für Familien entwickeln. Dies gilt sowohl für den privaten Wohnungsmarkt als auch für den sozialen Wohnungsbau.

Wie ist die Position Ihrer Fraktion dazu und was wollen Sie in den nächsten Jahren tun, um EU-Finanzierungen für Sozialwohnungen und Energieeinsparungen zu sichern, von denen insbesondere Familien profitieren?



Die EVP-Fraktion ist der Auffassung, dass es sowohl der Finanzierung und einer vernünftigen Politik bedarf, um das Energieeffizienzpotenzial in Europa zu nutzen. Die EVP-Fraktion kämpft für einen neuen Klima- und Energierahmen, der ehrgeizige aber realistische Klima- und Energieziele mit einer kosteneffizienten Umsetzung vereint. Die EVP-Fraktion betrachtet die Energieeffizienz als eine zentrale Säule dieses Rahmens, insbesondere für den Gebäudesektor, da dieser 40 Prozent des Energieverbrauchs in der EU darstellt.

Die im Jahr 2010 abgestimmte Richtlinie zur Energieeffizienz von Gebäuden verlangt, dass ab 2021 alle neuen Gebäude Null- oder fast Null-Energiegebäude sein müssen. (Behördengebäude bereits ab 2019).

Aber es muss noch mehr getan werden. Zuvorderst bleiben die Finanzmittel das größte Hindernis, um die immensen Vorteile energieeffizienter Sanierungen zu erschließen. Deshalb unterstützt die EVP-Fraktion das Vorgehen, EU-Mittel über den Strukturfonds und über nationale Förderprogramme weiterzuleiten, um weitere solcher Sanierungen anzustoßen. Wir ermutigen die Mitgliedstaaten zu reichlicher Verwendung dieser Mittel für eine bessere Energieeffizienz im sozialen Wohnungsbau. Wir glauben jedoch nicht, dass eine neue EU-Förderstruktur eingerichtet werden muss, da das Thema viel besser auf nationaler Ebene zu behandeln ist (mit Unterstützung aus EU-Mitteln).



Die S&D-Fraktion hat stets für eine erhebliche Erhöhung der Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) gekämpft. Der ESF hat z.B. Städten erlaubt, gemeinsam mit Akteuren des sozialen Zusammenhalts, darunter Anbieter des sozialen Wohnungsbaus, Programme aufzubauen, mit dem Ziel, Menschen, die sich nicht in einer Beschäftigung, Bildung oder Ausbildung befinden, zu erreichen. Der Fonds hat dazu beigetragen, Mitarbeiter/innen von Anbietern des sozialen Wohnungsbaus in ihren Kompetenzen in der sozialen Mediation fortzubilden.

Im vergangenen Jahr haben sich die Sozialisten und Demokraten im EU-Parlament mit dem Ausschuss der Regionen zusammengeschlossen und forderten europäische Maßnahmen für den sozialen Wohnungsbau. Als Reaktion auf die Wohnungskrise und verschärft durch die aktuelle Rezession, bestand die S&D-Fraktion darauf, dass bezahlbare und allgemein zugängliche Wohnungen nicht länger ein unerreichbarer Traum bleiben, sondern dass Maßnahmen ergriffen werden müssen, um eine bessere Steuerung in der Wohnungspolitik zu gewährleisten.



Schätzungsweise 25 Millionen EU-Bürger/innen leben in Sozialwohnungen. Alle Mitgliedstaaten, außer Griechenland, haben einen Bestand an Sozialwohnungen, deren Anzahl von Staat zu Staat variiert und sich vor allem zwischen den westlichen und den östlichen Mitgliedstaaten unterscheidet, die erst kürzlich der EU beigetreten sind. Zudem variiert der Bedarf an Sozialwohnungen innerhalb der Mitgliedstaaten zwischen den städtischen und ländlichen Gebieten und innerhalb der Ballungsräume, zwischen Stadtzentren und Stadtrandgebieten.

Auf der wirtschaftlichen Seite bedeuten Investitionen in den sozialen Wohnungsbau zum einen vermehrten Gebäudebau, ein Bereich, der von der Krise besonders hart getroffen wurde, und zum anderen Sanierung, insbesondere hinsichtlich Wärmeeffizienz und erneuerbarer Energien – also sogenannte High-Return-Industrie mit dem Potenzial, „grüne“ Arbeitsplätze vor Ort zu entwickeln, die nicht ausgelagert werden können.

Ein ausreichendes Angebot an Sozialwohnungen hilft, die zyklische

Natur des Immobilienmarktes auszugleichen und die Auswirkungen von wirtschaftsdestabilisierenden Phänomenen, wie z.B. der Immobilienblase, zu reduzieren.

Das Makro-Wirtschaftssystem und das Haushaltsüberwachungssystem der Union müssen Investitionen in den sozialen Wohnungsbau stärker berücksichtigen. Es ist wichtig, den Mehrwert des Strukturfonds und der Darlehen der europäischen Investitionsbank zu erkennen und diese für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus zu nutzen. Insbesondere erleichtern diese Mittel die Entwicklung der Aus- und Weiterbildung in den grünen Industrien sowie die Schaffung von tausenden von angemessenen, lokalen Arbeitsplätzen, die nicht ausgelagert werden können.

Es muss sichergestellt sein, dass im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen ausreichende Mittel aus diesen Quellen verfügbar sind, dass auf sie leicht zugegriffen werden kann und dass ungenutzte Mittel leichter in den sozialen Wohnungsbau umgewidmet werden können.

5. ENERGIE

Energie ist ein übergeordnetes Thema. Derzeit wird auf EU-Ebene das Thema Wohnen im Wesentlichen unter dem Gesichtspunkt der Gebäude-Energieeffizienz gesehen sowie unter dem Beitrag, den die europäischen Politiken leisten können, um die EU 2020 Ziele zu erreichen, insbesondere in Bezug auf die Reduzierung des Energieverbrauchs. Deshalb muss viel getan werden, um die Energieeffizienz der vorhandenen Sozialwohnungen und Unterkünfte von Arbeitslosen oder Haushalten mit niedrigem Einkommen zu verbessern, unabhängig davon ob sie Mieter/innen oder Eigentümer/innen sind.



Wie ist die Position Ihrer Fraktion dazu und was planen Sie für die nächsten Jahre, um Energiearmut anzupacken und wie garantieren Sie den Zugang zu erschwinglichen Energiequellen für alle Familien?



Die unterschiedlichen EVP-Mitgliedstaaten haben unterschiedliche Strategien für die Energiepreisregulierung. Unabhängig davon gehört die Bewältigung der ansteigenden Energiepreise für private Haushalte und Industrie in Europa zu den Top-Prioritäten der Politik der EVP-Fraktion. Nationale Steuern sowie inkonsistente und unkoordinierte Umsetzung der EU-Klima- und Energiegesetzgebung treiben die Energiepreise in Europa in die Höhe. Deshalb kämpft die EVP-Fraktion für einen neuen Klima- und Energierahmen, der ehrgeizige aber realistische Klima- und Energieziele mit einer kosteneffizienten Umsetzung vereint. Dies würde helfen, den Anstieg der Energiepreise zu reduzieren.

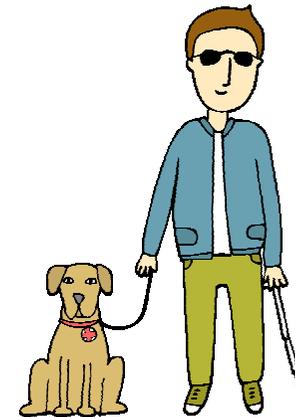
Weiterhin unterstützen wir die Einführung einer intelligenten Energie-Infrastruktur (inkl. intelligenter Zähler), um es Verbraucher/innen zu ermöglichen, eine auf Informationen basierende Entscheidung treffen zu können sowie vor allem in Haushalten mit geringem Einkommen den Energieverbrauch zu reduzieren. Allerdings unterstützt die EVP-Fraktion keine EU-weite Definition von Energiearmut, da die Politiken und die Preise deutlich zwischen den Mitgliedstaaten variieren.



Eine Schlüsselpriorität im Bereich Energie hat für die S&D-Fraktion die Verteidigung der Interessen der Verbraucher/innen und die Bekämpfung von Energiearmut, sodass alle europäischen Familien Zugang zu bezahlbarem Strom und Gas haben. Bislang scheint die EU-Kommission desinteressiert daran zu sein, die für Bürger/innen relevanten Bereiche ernsthaft anzugehen, wie z.B. die Rechte der Verbraucher/innen und die Energiearmut, wo abgestimmte Maßnahmen dringend nötig sind.

Die S&D-Fraktion ist der Ansicht, dass wir eine starke 10-Jahres-Strategie für eine wahrhaft europäische Energiepolitik benötigen, die auf der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten basiert und eine langfristige Perspektive bis zum Jahr 2050 einnimmt.

Energieeffiziente Häuser reduzieren Heizkosten, und das nicht nur für ein paar Monate. Allerdings ist auch ein auskömmliches Einkommen wichtig, sodass sich die Menschen das Beheizen oder Klimatisieren ihres Zuhauses leisten können, bis die Energie-Effizienzprogramme nutzbringend angelaufen sind. Es gibt auch viel grenzüberschreitendes Know-How von dem wir lernen können, wie z.B. das Setzen von Energietarifen, um von Armut betroffene Bürger/innen nicht zu benachteiligen.



6. MIGRATION UND TRANSNATIONALE FAMILIEN

Heutzutage leben ca. 214 Mio. Menschen nicht mehr in ihrem Herkunftsland. Laut einer UN-Statistik, hat sich die Zahl seit den 60er Jahren mehr als verdoppelt. Wirtschaft-, Arbeits- und zirkuläre Migration sowohl aus Drittstaaten als auch innerhalb der EU ist ein wichtiges Phänomen und darf nicht vernachlässigt werden. Innerhalb des breiten Feldes der Migration sind besonders dringende Anliegen: Das Recht auf Familien-Nachzug, transnationale Familien und zurückgelassene Kinder, Bildung und die Rolle von Migranteneltern für die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund sowie Roma-Kindern.

Viele Migrant/innen füllen den knappen Arbeitsmarkt in der EU. Wie ist die Position Ihrer Fraktion und was planen Sie für die Zukunft, um die Einhaltung der Rechte von den in die EU reisenden Drittstaatsangehörigen und deren Familien zu garantieren?



Bei der Frage besteht das Risiko, verschiedene Elemente miteinander zu vermischen: Migrant/innen können „Migranten/innen auf Grundlage humanitärer Gründe“ sein, der juristische Fachbegriff hierfür ist „Asylsuchende“. Ihre Rechte auf dem Arbeitsmarkt und auf Familienzusammenführung sind eingeschränkt. Es gibt auch „legale Arbeitsmigranten/innen“. Ihre Rechte auf dem Arbeitsmarkt und auf Familienzusammenführung sind im EU-Recht festgelegt. Die letzte Form der Migration ist die „irreguläre Migration“. Ihr Zugang zum Arbeitsmarkt sowie ihr Recht auf Familienzusammenführung sind logischer Weise ausgeschlossen. Ein Element gilt jedoch für alle drei Gruppen von Migranten/innen: die Achtung der Menschenrechte ist garantiert, so wie sie in der Charta der Grundrechte verankert sind. In den kommenden Jahren will sich die EVP-Fraktion auf Folgendes konzentrieren:

(a) Bekämpfung der irregulären Migration in einer umfassenderen Weise, in der alle politischen Aspekte einbezogen werden: Innenpolitische sowie entwicklungs- und außenpolitische,

(b) die Schärfung des Asylbesitzstandes in der EU: offen sein für die in wirklicher Notlage und entschieden sein bei jenen, die andere Wege zur Migration nutzen müssen und

(c) Weiterentwicklung eines europäischen Rahmens für die legale Migration: derzeit obliegt die legale Migration immer noch der Zuständigkeit und der Dominanz der Mitgliedstaaten. Allerdings scheinen ein europäischer Ansatz und eine europäische Koordinierung notwendiger zu sein als je zuvor, und schließlich

(d) wird für weitere europäische Ideen für eine bessere Integrationspolitik der Mitgliedstaaten gesorgt. All diese Elemente werden zusammen eine zielgerichtetere, nachhaltige und faire Migrationspolitik ergeben, die die Rechte von Migranten/innen und ihren Familien besser schützt.



Group of the Progressive Alliance of
Socialists & Democrats
in the European Parliament

Die S&D-Fraktion spricht sich für eine kohärente EU-Migrationspolitik aus, mit einheitlichen und logischen Migrationsrechten, basierend auf dem Prinzip der gleichen Rechte, als dem einzigen Weg, faire Migration sicherzustellen, Beschäftigungs- und soziale Standards zu respektieren und Ausbeutung zu verhindern. Wir haben konsequent Maßnahmen gefordert, um die Integration von Migranten/innen zu unterstützen. Die S&D-Fraktion legt besonderen Wert auf Maßnahmen, die die Ausbeutung der am stärksten gefährdeten Migranten/innen, darunter Kinder und Frauen, durch z.B. prekäre Arbeitsverhältnisse, Menschenhandel und Prostitution, vermeiden.

Für die S&D-Fraktion ist das „wachsende Europa“ ein Europa, das die demographischen und wirtschaftlichen Herausforderungen unserer Gesellschaft anerkennt. Es nimmt Einwanderung als kulturelle, wirtschaftliche und soziale Gelegenheit wahr, zieht neue Talente an und unterstützt den gesetzlichen Zugang und die Mobilität über die Grenzen hinaus. Zudem garantiert dieses Europa, dass alle Menschen, die in der EU arbeiten oder studieren, nicht als Gäste, sondern als „Gleiche“ mit vollen Rechten angesehen werden.

Für uns ist ein offenes Europa eines, das sich für eine politische, wirtschaftliche und soziale Partnerschaft mit den Herkunftsländern der Einwanderer/innen engagiert und in einen Dialog um Handel, Entwicklung und Demokratie eintritt. Ziel ist dabei nicht nur die Sicherung der Grenzen, sondern die Erleichterung einer legalen Mobilität aller Berufskategorien. Für unsere Fraktion ist ein glaubwürdiges Europa jenes, das klare Regeln für Einreise und Aufenthalt bietet; dies gemeinsam mit den Sozialpartnern und den nationalen und lokalen Behörden tut und sicherstellt, dass neue Europäer/innen, die für Arbeit, Studium, Forschung oder aus

familiären Gründen einwandern, keine Gäste „zweiter Klasse“ sind, sondern gleichwertige Bürger/innen unserer Gemeinschaft.

Daher würde die S&D-Fraktion gern eine Änderung der EU-Einwanderungspolitik sehen und legt Aspekte wie Staatsbürgerschaft, Mobilität, Integration und Inklusion in den Mittelpunkt eines neuen globalen Ansatzes. Die S&D-Fraktion ist der Ansicht, dass die EU:

- Mitgliedstaaten ermutigen sollte, den Zugang zur Staatsbürgerschaft für Kinder, die in den Mitgliedstaaten geboren sind oder einen vollen Bildungszyklus in dem jeweiligen Mitgliedstaat durchlaufen haben, zu erleichtern – unter Berücksichtigung der nationalen Unterschiede in der Gesetzgebung, aber einem gemeinsamen europäischen Prinzip folgend.
- die Bürgerrechte für Drittstaatsangehörige, die bereits langfristige Einwohner/innen sind, stufenweise erweitert.
- sich mit einer Überarbeitung der Einwanderungspolitik beschäftigen sollte, um den Zugang zu Beschäftigung im Rahmen der Kompatibilitäten und Bedürfnisse der Arbeitsmärkte zu fördern und sicherzustellen, dass Migranten/innen die Grundrechte der EU-Charta genießen. Dies sind die Rechte, die für alle Menschen gelten und nicht nur für EU-Bürger/innen und die fundamentale Sozial- und Arbeitsrechte beinhalten. In diesem Rahmen ist es äußerst wichtig, die Unterschiede, die zwischen EU-Parlament und Rat noch fortbestehen, zu bewältigen und zu einer raschen Annahme der vorgeschlagenen Richtlinien über Einreise und Aufenthalt von Saisonarbeiter/innen und konzerninterne Entsendungen, in voller Achtung der Arbeitnehmerrechte, zu kommen.
- sicherstellen sollte, dass Mitgliedstaaten die UN-Konvention über den Schutz der mobilen Arbeitnehmer/innen und ihrer Familienmitglieder ratifizieren.



Europa braucht Zuwanderung. In einem ersten Schritt sollte die EU die Notwendigkeit von Migration anerkennen und legalen Einwanderer/innen die gleichen Rechte wie EU-Bürger/innen geben. Die Grünen glauben, dass Zuwanderung eine Chance ist und wenn diese verantwortungsvoll gelenkt wird, sich eine Win-Win-Situation für alle ergibt.

Die EU und die Mitgliedstaaten müssen unser Bedürfnis für die Beiträge der Migrant/innen erkennen, diese wahr nehmen und den Migrant/innen klare Mechanismen bereitstellen, damit sie einwandern und legal arbeiten können.

Es wird keine Reduktion von unregulärer (illegale) Migration geben, bis es Mechanismen für legale Zuwanderung gibt. Europa muss sich der Herausforderungen der Migrationssteuerung annehmen, um den Wohlstand sowohl in den Herkunfts- als auch in den Zielländern zu gewährleisten und gleichzeitig den Schutz für die Migrant/innen bereitzustellen.

Als Grüne kämpfen wir, um zu gewährleisten:

- Schutz von stark gefährdeten Migrant/innen-Gruppen durch das Sicherstellen der Rechtslage und der Stärkung präventiver Mechanismen
- Ein rechtebasierter Ansatz für Migration, menschwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen, Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung für Kinder (unabhängig von ihrem Migrationsstatus)
- Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung für Drittstaatsangehörige und (einheimische) EU-Bürger/innen
- Familienzusammenführung ist ein wichtiges Recht und sollte für alle Kinder und abhängige Erwachsene gelten
- Finanzielle Situation und Spracherwerb sollten keine Hindernisse für Familienzusammenführung sein
- Das Recht auf Personenfreizügigkeit und Anerkennung der Zahlung von Familienleistungen (unter anderem)
- Die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, sowohl gegen EU-Bürger/innen (inkl. Roma) als auch gegen Drittstaatsangehörige
- Sicherstellen, dass kein Kind innerhalb der EU-Grenzen staatenlos ist
- Verfügbare Finanzmittel besser für Integration als für Abschiebung nutzen
- Förderung von Rechten, die auf die speziellen Bedürfnisse von Arbeitnehmer/innen, die nicht in ihrem Heimatstaat leben, gerichtet sind
- Ermöglichende Verfahren bei gleichzeitigem Schützen der Grundsätze für menschwürdige Arbeit
- Wahrung des Grundsatzes „Der Ort der Arbeit definiert die Arbeitsbedingungen“, auch bekannt als „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am Arbeitsplatz“



Migration wirkt sich auf die Zusammensetzung unserer europäischen Gesellschaften aus und ist kein neues Phänomen; Umzüge von Menschen finden seit Jahrhunderten auf der ganzen Welt statt. Ohne eine Politik, die sich mit den wirtschaftlichen und sozialen Aspekten der Einwanderung befasst, kann in den Zielländern ein übermäßiger Druck zu spüren sein.

Die Liberalen sind der Ansicht, dass legale Migration von qualifizierten Arbeitnehmer/innen aus Drittstaaten in und zwischen den Mitgliedstaaten zur Ergänzung der Arbeitskraft ein wichtiger Weg bleibt, Europas Arbeitskraft zu erhalten, Forschung und Innovation anzuregen und die globale Wirtschaftswettbewerbsfähigkeit zu sichern. Doch um das volle Potential zu erschließen, müssen Maßnahmen verstärkt werden, die die Integration von ausländischen Staatsangehörigen erleichtern.

Die ELDR stellt fest, dass eine beträchtliche Anzahl von Menschen zur Eheschließung und Familienzusammenführung einwandert. Wir unterstützen das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens und heißen diese Einwanderer/innen ohne Diskriminierung, z.B. aufgrund der sexuellen Orientierung, willkommen. Die Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, dass diese Einwanderer/innen sich erfolgreich integrieren.

(ELDR Resolution: Liberale Antworten auf die Herausforderung der Demografischen Veränderung, 2010 Helsinki)

Wie ist Ihre Position und was planen Sie für die nächsten Jahre, um zu gewährleisten, dass die EU-Freizügigkeit zunehmend zu einer Chance für die Menschen in der EU wird?



Freizügigkeit und das Recht, innerhalb der EU zu arbeiten, ist für alle EU-Bürger/innen mit der Charta der Grundrechte gewährleistet. Die EVP-Fraktion hat das Recht auf Freizügigkeit als eine der Grundfreiheiten immer unterstützt.

Die EU-Kommission hat kürzlich einen Vorschlag zur Erleichterung der Anwendung dieses Rechts gemacht, um das Problem von Diskriminierung aufgrund von Staatsangehörigkeit anzupacken.

Die EVP-Fraktion ist für eine starke Durchsetzung der Mobilität innerhalb der EU, einschließlich des Zugangs zum Arbeitsmarkt, den Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen (insbesondere im Hinblick auf Entlohnung und Entlassung), Zugang zu sozialen Vergünstigungen, Zugang zu Ausbildung,

Zugang zu Bildung für die Kinder von Arbeitnehmer/innen, Zugang zu Wohnraum und zur Mitgliedschaft in Gewerkschaften.

Die EVP-Fraktion hat eine Verbesserung der vorhandenen Informationen und bestehenden Dienste (z.B. EURES, Ihr Europa) gefordert. Die EVP-Fraktion wird weiterhin die Entwicklung von ergänzenden Rentensystemen unterstützen, um das Alterseinkommen zu verbessern. Auch wird sich die Fraktion weiterhin an vorderster Front bei den Verhandlungen für den Erwerb und die Wahrung von Zusatzrentenansprüchen für jene Bürger/innen einsetzen, die für ihre Arbeit zwischen verschiedenen Mitgliedstaaten pendeln müssen.

Am 01. Januar 2014 wurden die letzten Einschränkungen zur Freizügigkeit für die Staaten, die der EU 2007 beigetreten sind, aufgehoben. Über die Migration innerhalb der EU findet in mehreren Mitgliedstaaten eine erhitzte Debatte statt, oft beschmutzt durch populistische Angriffe gegen EU-Migranten/innen.

Die S&D-Fraktion ist der Meinung, dass die eigentlich anzugehenden Fragen Sozial-Dumping und soziale Ausbeutung sind. Die Freizügigkeit ist fester Bestandteil und Errungenschaft der Europäischen Union und alle Auswertungen zeigen, dass die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in der EU davon stark profitieren. Anstatt einem irrationalen Rausch und einer populistischen Debatte nachzugeben, die auf die Ängste unserer Bürger/innen zielt, ist die S&D-Fraktion der Ansicht, dass wir an der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Inner-EU-Migration arbeiten sollten.

Wir sind der Überzeugung, dass wir die Entsenderichtlinie überprüfen müssen, um das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Arbeitsort“ einsetzen zu können. Seltsamerweise ist es unser Eindruck, dass einige der Staaten, die über die Migration innerhalb der EU klagen, den Fortschritt zur Verbesserung der Richtlinie blockieren.

Schließlich besteht die S&D-Fraktion darauf, dass der Grundsatz der Gleichberechtigung und die Definition von Beschäftigung und Selbstständigkeit die Richtlinien für eine faire Mobilität innerhalb der EU sein müssen, verbunden mit der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Gerechtigkeit in allen Mitgliedstaaten.

Die Grünen verteidigen Freizügigkeitsrechte ohne Einschränkungen. Wir haben lange dafür gekämpft, um sicherzustellen, dass Familienangehörige „mobiler“ Arbeitnehmer/innen nicht diskriminiert werden und die gleichen Rechte wie Einheimische haben. Dies beinhaltet insbesondere den Zugang zu Arbeitsrechten und sozialer Sicherheit sowie auch den Zugang zu Pflegeleistungen, Wohnraum, Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen. Wir sind und waren gegen Einschränkungen für Beitrittsländer – EU-Bürger/innen das Recht auf Freizügigkeit zu verwehren, ist eine fundamentale Beschränkung von Bürgerrechten und schafft ein „Zwei-Klassen-Europa“.

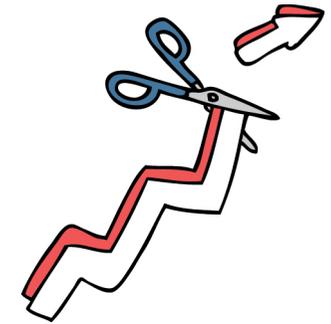
Beschränkungen in der Freizügigkeit der Arbeitnehmer/innen führen zu weiteren ausbeuterischen Regelungen im Rahmen des freien Dienstleistungsverkehrs. Freizügigkeitsrechte müssen Hand in Hand mit starkem Schutz gehen, sodass mobile Arbeitnehmer/innen ihre Rechte kennen und nicht ausgebeutet werden. Wir haben eine starke Expertise und können auf eine Erfolgsbilanz in Bezug auf soziale Rechte verweisen. Jean Lambert, GB, MdEP der Grünen war Berichterstatterin für die Ausdehnung der Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Drittstaatsangehörige und Familienangehörige. Wir verbinden die Bürgeranfragen, die in Zusammenhang mit den Sozialversicherungsproblemen für mobile Arbeiter/innen stehen, mit unserer konkreten politischen Arbeit.

In den nächsten Jahren werden wir hart für die Erweiterung der Rechte der sozialen Sicherheit arbeiten, z. B. für die „Ausfuhr“ von Leistungen bei Arbeitslosigkeit, die Erweiterung der Rechte für Familienmitglieder und Personen, die nicht in ihrem Heimatstaat leben. Hinsichtlich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer/innen arbeiten wir hart daran, Verfahrensrechte und Beschwerdeverfahren für die Bürger/innen sowie die gegenseitige Anerkennung von Partnerschaften in der EU zu stärken.



7. FINANZIELLE INKLUSION UND DER EINFLUSS AUF FAMILIEN

Klare und transparente Informationen über finanzielle Dienstleistungen (Bankkonto, Kredite, Hypotheken und Versicherung) müssen von Banken und finanziellen Institutionen gewährleistet werden, damit Familien die richtige Wahl und richtige und verantwortungsvolle finanzielle Entscheidungen treffen können. Unverantwortbare Kredite führen viele Familien in gravierende finanzielle Konsequenzen. Das Recht auf ein Basis-Bankkonto ist Voraussetzung für finanzielle Inklusion. Ohne ein Basis-Bankkonto kann man keine Sozialhilfe erhalten, alltägliche Rechnungen zahlen oder sich auf einen Arbeitsplatz bewerben. Der Zugriff zu anderen finanziellen Dienstleistungen ist notwendig, um eine Wohnung zu bekommen. Hypotheken und Kredite erfordern daher eine besondere Aufmerksamkeit, um eine verantwortungsbewusste Kreditvergabe zu gewährleisten.



Wie ist die Position Ihrer Fraktion und was planen Sie für die nächsten Jahre, um verantwortbare Kredite und eine Gleichbehandlung beim Zugriff auf finanzielle Dienstleistungen zu gewährleisten?



Viele zukunftsweisende Schritte wurden in diesen Bereichen gemacht. Die EVP-Fraktion fördert nachdrücklich die kürzlich verabschiedete Hypothekenkredit-Richtlinie, die viele Neuheiten zum Schutz der Kreditnehmer/innen beinhaltet und eine verantwortungsvolle Kreditvergabe fördert. Die Richtlinie stellt Grundsätze für Marketing und Werbung und die fachlichen Voraussetzungen vor; verpflichtet Kreditgeber/innen, in der vorvertraglichen Phase Kunden detaillierte Erläuterungen zu geben und verlangt von den Mitgliedstaaten, sicherzustellen, dass Verbraucher/innen ein Recht haben, ihren Kredit vor dem Ablauf des Kreditvertrages zurückzahlen.

Die EVP-Fraktion ist der Auffassung, dass über diese Bestimmungen und vor allem durch Stärkung der Rechte der Kreditnehmer/innen auf detaillierte Informationen und Erläuterungen zu den Kreditverträgen, eine deutliche Verbesserung in diesem Bereich erreicht werden könnte. Sie wird ihr möglichstes tun, um den Rechtsrahmen für eine Kreditaufnahme weiter zu verbessern. Die EVP-Fraktion kämpft stark gegen Diskriminierung. Im Bereich der Finanzdienstleistungen ist die EVP-Fraktion überzeugt, dass der Zugang zu bestimmten grundlegenden Dienstleistungen die Voraussetzung für alle Verbraucher/innen ist, vom Binnenmarkt zu profitieren. Es ist grundlegend für Bürger/innen, Nutzen aus den Vorteilen des E-Commerce zu

ziehen und wird immer mehr zur Voraussetzung für die soziale Integration in Bezug auf den Zugang zu Beschäftigung, Gesundheitsfürsorge und Wohnraum. Seit November 2013 diskutiert das EU-Parlament einen Vorschlag zur Richtlinie über Zahlungsdienste, die zum Ziel hat, Diskriminierung im Finanzsektor zu beseitigen, und für Verbraucher/innen in den Mitgliedstaaten ein Recht auf ein Bankkonto einführt. Die EVP-Fraktion ist der Ansicht, dass der Zugang zu einem Basiskonto kostenlos oder zu einem angemessenen Preis angeboten werden sollte, und wenn Gebühren erhoben werden, sollten sie transparent sein. Jeder Mitgliedstaat sollte eine Obergrenze für die jährlichen Gesamtkosten für die Eröffnung und Führung eines Basiskontos einführen.



Die S&D-Fraktion legt ein besonderes Augenmerk auf die Frage des Verbraucherschutzes im Bereich der Banken- und Finanzdienstleistungen. Das EU-Parlament hat kürzlich einige wichtige Richtlinien zu Hypothekenkrediten und Schlüssel-Informationen bei Finanzdienstleistungen (in beiden Fällen waren es Berichterstatter der S&D) mit Blick auf Stärkung und Schutz der Verbraucherrechte angenommen.

Verbraucherschutz hat eine hohe Priorität für unsere Arbeit hinsichtlich der Finanzdienstleistungen, einschließlich der Rechte auf ein Bankkonto und der Steuerung des Binnenmarktes.



Die Grünen verteidigen das Recht der Bürger/innen in der EU, ein Bankkonto mit grundlegenden Funktionen zu eröffnen und wir kämpfen gegen die Diskriminierung beim Zugang zu Finanzdienstleistungen.

In der Hypotheken-Richtlinie haben wir für die folgende Punkte gekämpft:

- a) bessere Informationen und mehr Transparenz, b) Einschränkung unfairer Geschäftspraktiken
- c) Verbraucher/innen schützen und d) strenge Regeln für die Berechnung des effektiven Jahreszinses.

In der endgültigen Fassung ist es uns gelungen, die Verpflichtungen auf ein standardisiertes Informationsdokument (ESIS) einzubringen, in dem die wichtigsten Daten eines Kreditvertrags vergleichbar und transparent dargestellt werden. Insbesondere Devisen- und variable verzinsliche Kreditvergabe werden auf der Darstellung der vollen Kosten basieren. Devisenkredite müssen mit einer Warnung versehen sein, die die durch Schwankungen bei den Wechselkursen verursachte Gefahr hervorhebt.

Falls ein solches Darlehen außer Kontrolle gerät, können sie ausgetauscht werden. Bezüglich der vorzeitigen Kreditrückzahlungen wird die Richtlinie gegen übermäßige Strafen schützen, ohne langfristige und allgemein sicherere festverzinsliche Darlehen zu behindern.

8. KONTAKT



Rue de Londres 17 B-1050 Brussels
Tel: +322 511 41 79
Skype: [coface-aisbl](#)
E-Mail: secretariat@coface-eu.org

Für mehr Information über die COFACE und ihre Arbeit besuchen Sie

unsere **Website** www.coface-eu.org

unsere **Blogs**

Vereinbarkeit von Beruf und Familie www.ey2014.eu

#DeleteCyberbullying www.deletecyberbullying.eu

Finden Sie uns auf

Facebook [facebook.com/COFACE.EU](https://www.facebook.com/COFACE.EU)

Twitter [@COFACE_EU](https://twitter.com/COFACE_EU)

Kontakt:

Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.

Einemstr. 14, 10785 Berlin

+49 (0) 30 2902825-70

info@ag-familie.de

www.ag-familie.de

COFACE wird von dem EU-Programm für Beschäftigung und Soziale Solidarität unterstützt – PROGRESS. Für weitere Informationen: <http://ec.europa.eu/progress>

